



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 5. März 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zur heutigen Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissar Almunia teilgenommen haben.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat auf der heutigen Sitzung beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um weitere 50 Basispunkte zu senken. Damit wurde der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems seit dem 8. Oktober 2008 um insgesamt 275 Basispunkte gesenkt.

Alles in allem sind die Teuerungsraten merklich zurückgegangen und werden den Erwartungen zufolge in den Jahren 2009 und 2010 deutlich unter 2 % bleiben. Ausschlaggebend für diese Inflationsaussichten sind der Rückgang der Rohstoffpreise sowie ein nachlassender binnenwirtschaftlicher Preis- und Kostendruck infolge der schwerwiegenden Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. So liefern die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse weitere Belege für unsere Einschätzung, dass die Nachfrage weltweit wie auch im Euro-Währungsgebiet im laufenden Jahr sehr schwach sein dürfte. Im Jahresverlauf 2010 wird mit einer allmählichen Konjunkturerholung gerechnet. Gleichzeitig bleiben die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis

längerfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten, im Einklang steht. Eine Gegenprüfung mit den Ergebnissen der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat. Nach dem heutigen Beschluss gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen wird. Der EZB-Rat wird dafür Sorge tragen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert bleiben, welches ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie die Beschäftigung stützt und zur Finanzstabilität beiträgt. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen haben dazu geführt, dass sich das Weltwirtschaftswachstum in den vergangenen Monaten erheblich abgeschwächt hat, wobei nun verstärkt auch Schwellenländer betroffen sind. In einem von erhöhter Unsicherheit geprägten Umfeld ging ein kräftiger Rückgang des weltweiten Warenhandels mit einer ausgeprägten Abnahme der inländischen Nachfrage im Euro-Währungsgebiet einher. Infolgedessen sank das reale BIP des Euroraums im vierten Quartal 2008 der ersten Schätzung von Eurostat zufolge spürbar um 1,5 % gegenüber dem dritten Jahresviertel. Vorliegende Daten und Umfrageindikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur im Euroraum Anfang 2009 nach wie vor schwach war.

Mit Blick auf die Zukunft geht der EZB-Rat davon aus, dass die globale Nachfrage wie auch die Binnennachfrage im Jahr 2009 zurückgehen werden, sich aber anschließend allmählich erholen dürften. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den im März 2009 von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen wider, die davon ausgehen, dass das jährliche Wachstum des realen BIP im Jahr 2009 zwischen -3,2 % und -2,2 % liegen wird und im Jahr 2010 bei -0,7 % bis +0,7 %. Damit wurden die von den Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Dezember 2008 nach unten korrigiert. Sowohl 2009

als auch 2010 wird die Jahreswachstumsrate des BIP erheblich von negativen statistischen Überhängen aus dem Vorjahr gedämpft werden. In der für 2010 erwarteten allmählichen Erholung kommen die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie die umfassenden politischen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems sowohl innerhalb als auch außerhalb des Eurogebiets zum Ausdruck. Außerdem wird erwartet, dass der Rückgang der Rohstoffpreise in nächster Zeit das real verfügbare Einkommen und den Konsum stützen wird.

Die Konjunkturaussichten sind weiterhin mit Unsicherheit behaftet. Nach Auffassung des EZB-Rats erscheinen die Risiken für den Wirtschaftsausblick nun ausgewogener. Einerseits könnten die Auswirkungen, die sich aus den laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen sowie anderen politischen Maßnahmen ergeben und auch das Vertrauen beeinflussen, positiver als erwartet sein. Andererseits bestehen Bedenken hauptsächlich im Zusammenhang mit potenziell größeren Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft sowie hinsichtlich aufkommender und sich verstärkender Protektionismusbestrebungen und möglicher ungünstiger Entwicklungen in der Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so ist die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI seit ihrem Mitte 2008 erreichten Höchststand von 4,0 % kontinuierlich zurückgegangen. Der Vorausschätzung von Eurostat zufolge belief sie sich im Februar auf 1,2 % und war damit weitgehend unverändert gegenüber ihrem Stand vom Januar (1,1 %). Der Rückgang der Teuerungsrate seit letzten Sommer ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe in diesem Zeitraum erheblich gesunken sind. Es gibt jedoch auch zunehmend Anzeichen eines breiter angelegten Rückgangs der Inflationsrisiken.

Infolge dieser Entwicklungen stellen die von Experten der EZB erstellten Projektionen vom März 2009 eine deutliche Abwärtskorrektur gegenüber den

vorhergehenden Prognosen dar und gehen für 2009 von einer jährlichen Inflationsrate nach dem HVPI zwischen 0,1 % und 0,7 % aus. Vor allem aufgrund von Basiseffekten infolge der vergangenen Entwicklung der Energiepreise dürften die jährlichen Gesamtinflationsraten den Projektionen zufolge in den kommenden Monaten weiter zurückgehen und möglicherweise zur Jahresmitte vorübergehend negative Werte erreichen. Danach wird sich die jährliche Teuerung wohl wieder erhöhen, was ebenfalls auf Basiseffekte aus der früheren Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen ist. Entsprechend dürften die am HVPI gemessenen Teuerungsraten im Laufe des Jahres 2009 spürbar schwanken. Aus geldpolitischer Sicht ist eine solche kurzfristige Volatilität jedoch nicht relevant.

Für das Jahr 2010 gehen die Experten der ECB in ihren Projektionen von einer HVPI-Inflation von 0,6 % bis 1,4 % aus. Diese Bandbreite stellt ebenfalls eine deutliche Abwärtskorrektur gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2008 dar, die sich hauptsächlich aus den veränderten Aussichten für das Wirtschaftswachstum ergibt. Auch die verfügbaren Prognosen internationaler Organisationen wurden nach unten korrigiert und bestätigen im Großen und Ganzen die Aussicht auf moderate Inflationsraten im Jahr 2010.

Wie beim Wirtschaftswachstum sind auch die Inflationsprojektionen von einer beträchtlichen Unsicherheit umgeben. Die Risiken in Bezug auf diese Projektionen sind weitgehend ausgewogen. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf die Risiken, mit denen die Aussichten für die Konjunktur sowie die Entwicklung der Rohstoffpreise behaftet sind.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so liefern die neuesten Daten und Schätzungen zusätzliche Belege für eine fortgesetzte Abschwächung der Grunddynamik des Geldmengenwachstums im Eurogebiet. Dies impliziert einen weiteren Rückgang der Inflationsrisiken auf mittlere Sicht.

Die erneute Abschwächung der monetären Grunddynamik steht im Kontrast zu der seit der Verschärfung der Finanzmarkturbulenzen im September 2008

beobachteten, von Monat zu Monat stark schwankenden Entwicklung von M3 und seinen Komponenten. Dies bezieht sich insbesondere auf marktfähige Finanzinstrumente, aber auch auf die erhebliche Substitution, die zwischen verschiedenen zu M3 zählenden Einlagenkategorien stattfindet. Während das jährliche M3-Wachstum im Januar 2009 weiter auf 5,9 % sank, erhöhte sich die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1, das die liquidesten Anlageformen enthält, auf 5,2 %

Volatilität prägte zum Jahreswechsel auch die Vergabe von MFI-Krediten an den privaten Sektor, da einem monatlichen Rückgang bei den ausstehenden Beträgen im Dezember eine deutlich positive Entwicklung im Januar folgte. Ungeachtet eines möglichen Jahresultimoeffekts und über die jüngste Entwicklung hinaus betrachtet wird jedoch die im Jahr 2008 verzeichnete rückläufige Zuwachsrate der Kreditvergabe an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bestätigt. Gleichzeitig scheint sich die deutliche Senkung der EZB-Leitzinsen verstärkt in den Kreditzinsen der Banken niederzuschlagen, was darauf hindeutet, dass trotz der Spannungen an den Finanzmärkten der geldpolitische Transmissionsmechanismus im Euro-Währungsgebiet nicht wesentlich beeinträchtigt ist. Es bedarf nach wie vor weiterer Daten und Analysen, um die Kreditaussichten in nächster Zeit genau beurteilen zu können.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Teuerungsraten merklich zurückgegangen sind und den Erwartungen zufolge in den Jahren 2009 und 2010 deutlich unter 2 % bleiben werden. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse liefern weitere Belege für unsere Einschätzung, dass sowohl die Nachfrage weltweit als auch im Euro-Währungsgebiet 2009 sehr schwach sein wird. Im Jahresverlauf 2010 wird mit einer allmählichen Konjunkturerholung gerechnet. Gleichzeitig bleiben die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten, im Einklang steht. Eine **Gegenprüfung** mit den Ergebnissen der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat. Nach

dem heutigen Beschluss gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen wird. Der EZB-Rat wird dafür Sorge tragen, dass die Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert bleiben, das ein nachhaltiges Wachstum sowie die Beschäftigung stützt und zur Finanzstabilität beiträgt. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die Reaktion der **Finanzpolitik** auf den konjunkturellen Abschwung betrifft, so bestätigen die aktualisierten Stabilitätsprogramme der Länder des Euro-Währungsgebiets sowie die jüngsten Addenda die Aussicht einer gravierenden und umfassenden Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Euroraum. Ein glaubwürdiges Bekenntnis zu einem Konsolidierungspfad, der darauf abzielt, unter uneingeschränkter Einhaltung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren, ist unerlässlich, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu wahren. Diese ist sowohl für die Erholung der Konjunktur als auch zur Stärkung des langfristigen Wachstums entscheidend. In dieser Hinsicht unterstützen wir die Absicht der Kommission, gegen mehrere Länder ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit einzuleiten. Dies ist von wesentlicher Bedeutung, um die Glaubwürdigkeit des Haushaltsüberwachungsrahmens in der EU zu gewährleisten. Dabei kommt es darauf an, dass klare Fristen zur Beseitigung der übermäßigen Defizite gesetzt werden und die Konsolidierungsvorhaben auf soliden und genau spezifizierten strukturellen Maßnahmen aufbauen.

Im Hinblick auf die **Strukturpolitik** ist es nach wie vor wichtig, eine Wirtschaftspolitik im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb zu verfolgen. In diesem Zusammenhang ist es von zentraler Bedeutung, dass staatliche Stützungsmaßnahmen nicht den Wettbewerb verzerren und notwendige strukturelle Anpassungen verzögern; zudem ist es von größter Bedeutung, protektionistische Maßnahmen zu vermeiden. Der Verzicht auf Protektionismus ist entscheidend, damit die Weltwirtschaft die aktuelle Krise schneller überwinden kann. Der erfolgreiche

Abschluss der Verhandlungen über den Welthandel im Rahmen der Doha-Runde wäre ebenfalls ein Meilenstein auf dem Weg zu einer stärker integrierten und offeneren Weltwirtschaft zum Nutzen aller.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.